



Antrag

der Abgeordneten **Ralf Stadler, Harald Meußgeier, Gerd Mannes** und **Fraktion (AfD)**

Schwammregionen in Bayern: Aktionsprogramm oder Aktionismus

Der Landtag wolle beschließen:

Die Staatsregierung wird aufgefordert, dem Landtag und im Ausschuss für Ernährung, Landwirtschaft, Forsten und Tourismus über das Aktionsprogramm „Schwammregionen in Bayern“ zu berichten. Dabei ist auf folgende Fragestellungen einzugehen:

1. Über welchen fachlichen Hintergrund verfügen die sogenannten lokalen Umsetzungsbegleiter?
2. Gibt es eine übergeordnete Gewässerplanung oder erfolgen die Zielsetzungen des Aktionsprogramms „Schwammregionen in Bayern“ rein auf lokaler Ebene?
3. Wer sind die lokalen Hauptansprechpartner und Akteure des Aktionsprogramms?
4. Welche NGOs (NGO = Nichtregierungsorganisation), Umweltverbände und Landschaftspflegeverbände sind nach Kenntnis der Staatsregierung in die Projekte eingebunden?
5. Warum gibt es ein Aktionsprogramm „Schwammregionen in Bayern“ anstatt einer verstärkten Förderung der Wasser- und Bodenverbände, die fachlich für derartige Aufgaben qualifiziert sind?
6. Welche finanziellen Mittel fließen nach Kenntnis der Staatsregierung in das Aktionsprogramm?
7. Wie profitieren die bayerischen Landwirte vom Aktionsprogramm und welchen Anteil der Förderungen erhalten sie?
8. Gibt es eine nachträgliche Kosten-Nutzen-Analyse der Ergebnisse des Aktionsprogramms „Schwammregionen in Bayern“?

Begründung:

Das Aktionsprogramm „Schwammregionen in Bayern“ wurde kürzlich von Staatsministerin für Ernährung, Landwirtschaft, Forsten und Tourismus Michaela Kaniber auf den Weg gebracht, um nach Aussage des Staatsministeriums „Dörfer und die umgebenden Landschaften an die klimatischen Herausforderungen anzupassen und zu gestalten“. Dabei bleiben jedoch viele Fragen offen. So etwa, warum man auf ein Aktionsprogramm setzt anstatt direkt fachlich qualifiziertes Personal mit konkreten Wasserrückhalte- und Hochwasserschutzprojekten zu betrauen.

Auch die Finanzierung des Aktionsprogramms sowie die Herkunft und fachliche Eignung der Hauptakteure ist bislang nicht ausreichend durch die Staatsregierung dargelegt worden. Damit aus dem „Aktionsprogramm“ kein teures Aktionismusprogramm wird, sollte die Staatsregierung mehr Transparenz herstellen und offene Fragen beantworten.